Beschluss:

Ratsherr Hahn stellt angesichts einer entsprechenden Beschlussfassung im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss einen Antrag auf Zurückstellung. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hatte beschlossen, dass den Vorlagen bei Beschlüssen über zusätzliche Stellen stets eine Aufgabenbeschreibung und der Ausweis der jährlichen Personal-, Sach- und Gemeinkosten beigefügt werden soll. Diese Angaben sind zu ergänzen.

Die Personalratsvorsitzende, Frau Heidebrecht-Rüge, weist darauf hin, dass der Stellenbedarf im Fachdienst 32 durch eine Organisationsuntersuchung bestätigt sei. Der Verwaltungsvorstand sei bei der Forderung zusätzlicher Stellen ohnehin stets sehr zurückhaltend, so dass die Überbrückung der Zeiträume von der Entstehung eines Bedarfes bis zur tatsächlichen Besetzung einer Stelle entsprechend lang würden. In dieser Zeit müsse der Mehraufwand von den KollegenInnen aufgefangen werden. Eine Auswirkung dieser zusätzlichen Belastungen auf den Krankenstand könne nicht ausgeschlossen werden.

Die Ratsherren Döring und Kühl kritisieren diese Äußerungen. Im vorliegenden Falle sei das Ergebnis der Organisationsuntersuchung schon lange bekannt gewesen, ohne dass zusätzliche Stellen beantragt worden wären. Es sei nicht zumutbar, derartige Informationen am Abend vor der Beschlussfassung auszuhändigen und dann binnen 24 Stunden eine Entscheidung zu verlangen.

Dem Antrag auf Zurückstellung wird sodann einstimmig zugestimmt.